

Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld viertel-

jährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten

20 Pfg. die gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungspostliste eingetragen.

Nr. 20.

Sonnabend, den 16. Mai 1903.

7. Jahrgang.

Kollegen! Agitiert für den Steinarbeiter.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Chemnitz. Die wegen der Maifeier ausgesperrten Steinmehren versuchten Unterhandlungen anzuknüpfen; die Unternehmer lehnten dieselben ab. Wie uns aus Bunzlau gemeldet wird, werden im dortigen Stadtblatt Steinmehren nach Chemnitz gesucht.

Mehle-Osterwald. Die Lohnbewegung dauert fort.

Mannheim. Hederts Werkplatz ist gesperrt. Die Streikenden sind untergebracht.

Hamburg II. Die Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung.

Mühlhausen i. Elsaß. Der Streik dauert unverändert fort.

Internationales.

Zum Kongress in Zürich senden folgende Steinarbeiterorganisationen Delegierte: Deutschland (Stärke, Staudinger), Oesterreich (Haidt), Schweden (Redakteur Malmberg-Lysekil), Italien, Ungarn, Frankreich, Spanien, Belgien und die italienischen Organisationen Süd-Oesterreichs, ferner der Bildhauerverband Deutschlands. Norwegen und Dänemark haben aus finanziellen Gründen verzichtet. Von Italien haben Turin und Carrara zugesagt, von Frankreich Marseille und Nizza.

Budapest. Der Streik wird mit äußerster Zähigkeit geführt; kein einziger Streikbrecher ist zu verzeichnen. Die Ruhe und Disziplin der Streikenden ist musterhaft. Finanzielle Hilfe ist notwendig.

Geldsendungen sind an Unterzeichneten zu richten.

Es sind nachfolgende Beträge eingegangen:

Körner, Strassburg i. Els.	3.—
Steinmetzen in Landsberg a. Warthe	9.—
Zahlstelle Bittermark	15.—
„ Elberfeld	3.—
„ Löbau	25.—
„ Düsseldorf	19.80
„ Berneck	6.—
Hartershofen	10.50
Ulm a. Donau	10.—
Schlettstadt	2.50

Diese Summen wurden sofort an den Kollegen Stephan Steidl, Budapest (Ungarn), Dalnuckergasse 12, abgeführt.

I. A. des internationalen Agitationskomitees:
A. Staudinger.

Der Zentralverband deutscher Industrieller

hielt am 17. März d. J. in Berlin seine diesjährige Delegiertenversammlung ab. Bekanntlich sind in diesem Verbands die schlimmsten und einflussreichsten Scharfmacher vertreten und da war es denn kein Wunder, daß die Herren Schlotjunker wieder einmal gegen die Arbeiterklasse und deren Bestrebungen losdonnerten. Der Generalsekretär Bued, der durch die 12 000 Mark-Affäre weiteren Kreisen der Arbeiter bekannt geworden ist und von Kennern als ein außergewöhnlich rückständiger Sozialpolitiker bezeichnet wird, erschien nach langer Krankheit frisch und munter auf dem Plane und nahm sein Scharfmacherhandwerk mit neuen Kräften wieder auf. In seinem Jahresbericht behandelt er zunächst als das Hauptereignis des vergangenen Jahres das Zustandekommen des Zolltarifs. Das Gesamtergebnis der Verhandlungen, so führte er aus, sei für die Industrie wenig erfreulich, da die Industriezölle so niedrig seien, daß das Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit nur sehr abgeschwächt zur Geltung komme. Als Ursache dieser Erscheinung müsse die Feindseligkeit der Agrarier gegenüber der Industrie bezeichnet werden, eine Feindseligkeit, die sogar größer sei als die der Sozialdemokraten. Redner habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Industrie in unferm Vaterlande nicht die Berücksichtigung

finde, die ihr nach ihrer Bedeutung zukomme; es sei deshalb notwendig, für eine ähnliche wirkungsvolle Vertretung zu sorgen, wie sie das Agrariertum besitze. Leider sei es nun eine Tatsache, daß diejenigen Wahlkreise, auf welche Handel und Industrie bezüglich besserer Vertretung angewiesen seien, sich in den Händen der Sozialdemokratie und des Zentrums befinden, die beide industriefeindlich seien. In der Erkenntnis dieser Verhältnisse und des Umstandes, daß eine Aenderung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei, habe der größte und bedeutendste Teil der deutschen Industrie sich in dem Zentralverbande eine großorganisierte Körperschaft gebildet, der aber von der Regierung nicht genügende Beachtung zu teil werde. Der Redner kommt zu dem Schluß, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie das hauptsächlichste Ziel der maßgebenden Kreise und der bürgerlichen Parteien sein sollte. Das werde aber bedauerlicherweise nicht erkannt. Der Staatssekretär des Innern betrachte die Sozialdemokratie nicht mehr als des Innern betrachte die Sozialdemokratie nicht mehr als eine Partei, die den Umsturz des Staates und unsrer Wirtschaftsordnung erstrebe, sondern als eine Arbeiterpartei, womit sie in die Kreise der bürgerlichen Parteien gerückt werde. Diese, abgesehen von den Konservativen, wetteifern in dem Streben um die Gunst der Arbeiter und der Sozialdemokraten. Davon haben die jüngsten sozialpolitischen Verhandlungen bei Beratung des Etats des Reichsamts des Innern Zeugnis abgelegt. Diese Verhandlungen bieten in drei Richtungen besonderes Interesse: Erstens, wie schon bemerkt, das Wuhlen des Zentrums und der linksliberalen Parteien um die Gunst der Arbeiter und Sozialdemokraten; zweitens, das durch dieses Streben wesentlich gehobene Selbstgefühl der Sozialdemokraten, wodurch sie veranlaßt wurden, mit zynischer Offenheit darzulegen, daß sie dieselben geblieben und sich bezüglich ihrer Ziele und Zwecke nicht geändert haben. Die Sozialdemokraten liefern auch den Beweis für den dritten Hauptpunkt, den schmähslichen Mißbrauch der Tribüne des Reichstags zur Verhetzung der Massen und zur Vorbereitung der Wähler im sozialdemokratischen Sinne für die Reichstagswahlen. Im Hinblick auf alle diese Vorgänge kommt der Redner zu der Frage, ob die zur Schrankenlosigkeit ausgeartete Freiheit der Rede, der Presse und wohl auch des Vereins- und Versammlungsrechts, auch ferner, wie bisher, als unbedingtes Erfordernis der höchsten Staats- und Kulturentwicklung anzusehen sei, oder ob nicht gerade die Erhaltung des Staates und unsrer Kultur unbedingt Abhilfe erfordere. In Anknüpfung an die Vorgänge in Holland spricht der Geschäftsführer dem Minister der öffentlichen Arbeiten Dank und Anerkennung für sein mannhaftes Auftreten der Sozialdemokratie gegenüber aus. Er gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die von dem Herrn Minister aufgestellten Grundsätze bei ihrer Durchführung in Deutschland vor ähnlichen Vorgängen bewahrt werden. Er erkennt an, daß auch die Reichspostverwaltung sich von ähnlichen Grundsätzen leiten lasse und gibt sich der Hoffnung hin, daß sie auch bei den andern höchsten Reichsbehörden Eingang finden werden und daß die Hoffnungen des Abg. Köstke auf eine, seine weitgehenden sozialen Ideen und Pläne fördernde, soziale neue Aera Wilow-Poladomsky auf Sand gebaut sein möchten.

Natürlich fanden die Ausführungen den lebhaftesten Beifall der versammelten Scharfmacher und der Vorsitzende gab seiner Freude Ausdruck, daß der Generalsekretär, von schwerer Krankheit genesen, so frisch und kampfesmutig wieder im Zentralverband weile. In der Tat ist Herr Bued der Typus eines Scharfmachers, wie er im Buche steht. Die Deutschen fühlen sich stets von der Regierung, die doch nur für sie arbeitet, zurückgesetzt und beklagen sich darüber, daß man die Sozialdemokratie nicht mehr als eine Partei des Umsturzes erkläre, sondern als eine Vertretung der Arbeiter betrachte. Wir können den Schwärmern für die so jämmerlich gekheiterte Zuchthausvorlage ihren Schmerz nachfühlen darüber, daß es nicht möglich ist, jeden Arbeiter, der für die Interessen seiner Kollegen eintritt, einfach auf lebenslang ins Zuchthaus zu stecken. Wie schön wäre es doch, wenn man auf diese Weise jeden, der sich gegen die Ausbeutungsgier des Kapitals auflehnt und noch gar die Kollegen aufhekt, beiseiten und abtun könnte. Doch leider muß der Ober-Scharfmacher Bued dem Zuchthausgefesse wehmütigen Blickes nachrufen: „Behüt' Dich Gott, es wär' so schön gewesen, behüt' Dich Gott, es hat nicht sollen sein!“

Aber, was nicht ist, kann noch werden, denkt Herr Bued und wirft die Frage auf, „ob die bis zur Schrankenlosigkeit ausgeartete Freiheit der Rede, der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechts nicht unbedingt Abhilfe erfordere“. Der Mann scheint irgendwo auf dem Monde zu leben, daß er wagt, von einer schrankenlosen Freiheit in Deutschland zu reden. Wer die zahlreichen Fußangeln und Fangelassen nicht sieht, die überall bei uns dem Arbeiter auflauern, wenn er seine eignen Interessen verteidigt, der ist entweder blind oder er sagt bewußt die Unwahrheit. Unfern Kollegen gegenüber brauchen wir kein Wort darüber zu verlieren, wie es mit der „zur Schrankenlosigkeit ausgearteten Freiheit“ bestellt ist und auch jeder unparteiische Beobachter weiß es. Wenn aber trotzdem ein Scharfmacherhauptidee unter dem Beifall seiner Kumpanen das Gegenteil behauptet und noch neue Anbelungsmaßregeln vorschlägt, um den winzigen Rest der Arbeiterbewegung zu erdroffeln, so ist das eine Heerei infamer Sorte. Um den drohenden, so ist das eine Heerei infamer Sorte. Um den Ausbeutern die Hauptierfreiheit nicht zu gefährden, soll das Recht der Arbeiter in Felsen zerrissen werden. Wahrscheinlich, eine nette Kultur und eine erhabene Auffassung vom Wesen des Staates. Glücklicherweise bilden die von modernem Geiste erfüllten Arbeiterorganisationen eine Macht, mit der eine jede Regierung rechnen muß, so gern sie auch den Scharfmachern alles zuliebe tut, was sie ihnen nur an den Augen absehen kann.

Der Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung durchzog wie ein roter Faden die sämtlichen Verhandlungen des Scharfmachertages. Bei der Beratung über die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes wurden die „der sozialdemokratischen Agitation völlig ausgelieferten Ortskrankenkassen und freien Hilfskassen“ ins Feld geführt und selbst beim Mittagessen wurde das Scharfmacherhandwerk nicht unterbrochen. Der Vorsitzende, Geheimrat Zende, der jahrelang der erste Beamte des Kruppischen Werkes gewesen ist, hielt eine Gedächtnisrede auf Krupp, worin er den Versicherten als waschechten Scharfmacher und Sozialistenfresse feierte: „Herr Krupp liebte es nicht,“ so heißt es in der Rede, „persönlich hervorzutreten, und namentlich hat er es, wo er immer konnte, vermieden, öffentlich Stellung zu den die Gegenwart bewegenden politischen und namentlich wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zu nehmen. Und doch war er, auch gegen seinen Willen, eine politische Persönlichkeit in eminentem Sinne. Dies um deswillen, weil seine Person und seine Art, zu denken und zu handeln, ein System, ein Programm bedeuteten, das mehr sagte und mehr bewies, als alle Doktrinen, alle Schulweisheit und alle politische Parteilehre. Man hat die Kruppische Fabrik oft einen Staat im Staate genannt. In dem Sinne, in dem dies in wenig freundlich gesinnter Art mit dem Hinweis geschah, daß sie kraft ihrer Machtstellung eine Sonderstellung und Vorteile zum Schaden des Staates und der Allgemeinheit erstrebe, war sie es ganz gewiß nicht und nichts ist ungeredtfertigter als solche Behauptung. Aber ein industrieller Besitz von der Größe und Ausdehnung, wie er dem Verstorbenen zu eigen war, und der ihn in den Stand setzte, annähernd rund 50 000 Arbeitern Arbeit und der ungefähr dreifachen Zahl von Arbeitern den Lebensunterhalt zu gewähren (??), kann nicht verwaltet werden, ohne daß der Besitzer mit Entschiedenheit tatsächliche Stellung zu den Problemen insbesondere der Sozialpolitik nimmt und diese in seinem Sinne löst und damit ein praktisches Programm schafft, das vor demjenigen der Doktrinaire und Volksbeglückler den Vorzug der gesunden Anschauungsweise, der Durchführbarkeit und des segensreichen Erfolges voraus hat.“

Nachweisen läßt sich dies an den in der Gußstahlfabrik vor annähernd zwei Menschenaltern getroffenen statistischen Bestimmungen über Kranken-, Unfall-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung, die vielfach vorbildlich geworden sind für die nachmalige Gesetzgebung des deutschen Reiches; nachweisen läßt sich das insbesondere an der rückwärtslosen Energie, mit der jeder Versuch der Sozialdemokratie, in der Fabrik Fuß zu fassen, zurückgewiesen wurde. Und in dieser Beziehung war der Verstorbenen, ich sage Gott sei Dank, wie sein Vater, der mir einmal sagte, daß er die Werkstatt, in der ein Streik ausbrechen sollte, lieber in die Luft sprengen würde, als nachzugeben, unerbittlich. Und wenn die deutsche Industrie auch heute noch der Sozial-

demokratie gegenüber den Standpunkt der absoluten Ablehnung und Unberührbarkeit einnimmt, so darf sie nicht vergeffen, daß dieser Standpunkt unmöglich gemacht worden wäre, wenn der größte, mächtigste und reichste Industrielle Deutschlands auch nur ein Titelchen von dem Grundfasse, daß der Unternehmer Herr in seinem Hause sein und bleiben müsse, preisgegeben hätte." Krupp als Kapitalprophet, der eine Werkstatt eher in die Luft sprengt, als daß er den Forderungen seiner Arbeiter nachgibt, das ist auch ein Bild, wie es in den Rahmen des Scharfmachertums hineinpafst.

Merkwürdige Ideen-Verirrung: Ein Kapitalist, der mit Indielustsprenge einer ganzen Werkstatt droht, wird als Vorbild hingestellt; ein Arbeiter, der auf gesetzlichem Wege seine Forderungen durchzudrücken sucht, erhält den Titel „Umstürzler und Dynamitarb“ — wer das versteht, dessen Geist muß anders konstruiert sein, wie der unsre.

Zur Bundesratsverordnung.

Wir wiesen im Artikel über die Bundesratsverordnung (siehe Nr. 13) darauf hin, daß die Dresdner Steinmetzmeisterinnung beim Räte der Stadt Dresden petitionierte, daß die Bundesratsverordnung auch ausgedehnt werden sollte auf diejenigen Steinmetzwerkplätze, die sich auf Bauplätzen befinden, und wo umfangreiche Steinmetzarbeiten, ja ganze Häuserfronten, hergestellt werden. Seit dem Inkrafttreten besagter Verordnung wurden diese Steinmetzmeister oder Bauunternehmer nicht angehalten, dieselbe einzuhalten. Es muß anerkannt werden, daß dieser Zustand für die Steinmetzmeister, die auf ständigen Werkplätzen arbeiten lassen, sich zu einem unerträglichen gestalten mußte, auf dessen Befriedigung die Steinmetzmeister mit Recht gedrungen sind.

Die Dresdner Steinmetzinnung wandte sich am 17. Februar 1903 an den Rat mit folgender Petition:

Durch die am 1. Oktober vergangenen Jahres vom Bundesrat erlassene Verordnung für Steinbruchbetriebe und Steinhauereien sind für die Arbeitgeber dieser Betriebe ganz bedeutende Verpflichtungen erwachsen.

Wenn nun den Bestimmungen dieser Verordnung allenthalben und unter allen Umständen nachgekommen wird, so hat niemand Schaden davon und die pekuniären Opfer, die der Arbeitgeber dadurch aufzubringen hat, erfüllen wenigstens den Zweck, daß der Arbeitnehmer gegen die schädlichen Einflüsse, welche diese Betriebe mit sich bringen, nach Möglichkeit geschützt wird.

In Dresden und Umgegend werden die Steinmetzgeschäfte, welche ständigen Werkplätze haben, zur pünktlichen Befolgung der bundesrätlichen Bestimmungen angehalten, während die Unternehmer, welche Steinmetzarbeiten auf Bauten herstellen lassen, sich in keiner Weise zur Befolgung angeführter Bestimmungen veranlaßt sehen, noch veranlaßt werden.

Wenn nun § 11 der Verordnung sagt, daß auf Bauten, wo Steinhauer vorübergehend beschäftigt werden, diese Bestimmungen, — nur in beschränktem Maße Anwendung finden, so kann doch da, wo Steinmetzarbeiten für ganze Bauwerke oder ganze Straßenfronten, wie es in den neu entstehenden Stadtvierteln jetzt vorkommt, — von vorübergehender Beschäftigung keine Rede mehr sein. Wenn auf diese Weise die Verordnung umgangen werden kann, so ist der ganze Zweck, „Schutz der Arbeiter“, verfehlt. (Sehr richtig! D. Red.) Im Gegenteil, verziehen die Arbeiter auf Bauten unter viel ungesünderen Verhältnissen ihre Arbeiten als früher vor Inkrafttreten der Verordnung auf den ständigen Werkplätzen.

Für die Steinmetzgeschäftsleiter mit ständigen Werkplätzen ist aber die Erwörterung dieser Frage geradezu eine Ergänzungsfrage geworden. Denn wenn auf Bauten die Steinmetzarbeiten hergestellt werden dürfen, ohne daß der Unternehmer (in der Regel der Bauunternehmer) die immerhin kostspieligen Einrichtungen zum Schutz und Wohl seiner Arbeiter zu schaffen braucht, so kann er eben billiger produzieren als der Unternehmer, der einen Werkplatz hat und welcher noch außerdem die Kosten für den Werkplatz aufzubringen hat.

Die Folge wird sein, daß die ständigen Steinmetzwerkplätze eingehen müssen, und die Herstellung der Steinmetzarbeiten mehr und mehr in die Hände der Bauunternehmer übergeht, was gleichbedeutend mit dem Ruin unsres Handwerks wäre.

Die unterzeichneten Vertreter der Steinmetzinnung zu Dresden und die vereinigten Arbeitgeber für Dresden und Umgegend wenden sich hiemit an den hohen Rat zu Dresden mit der ganz ergebenen Bitte:

„Der hohe Rat möge veranlassen, daß die Herstellung von Steinmetzarbeiten ganzer Bauwerke auf Bauten nicht als vorübergehend anzusehen sind und infolgedessen die Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 20. März 1902 Anwendung zu finden haben.

Vor allem wolle der hohe Rat veranlassen, daß die unter § 4 der angezogenen Verordnung für die im Freien arbeitenden Steinhauer erforderlichen Schutzbücher oder Arbeitsbuden errichtet werden und bei Errichtung von Arbeitsbuden die baupolizeiliche Genehmigung einzuholen ist, wie bei Errichtung von Arbeitsschuppen auf Werkplätzen.

Dresden, den 17. Februar 1903.

Hochachtungsvoll ergebenst!

(Folgen Unterschriften.)

Auf diese Petition wurde nun folgender Bescheid von der Königl. Gewerbeinspektion, sowie dem Gewerbeamt B. Dresden unterm 2. April 1903 getroffen.

Die Unternehmer, die Steinmetzarbeiten an Bauten ausführen, haben die Auffassung, die erlassene Bundesratsverordnung, die am 20. März 1902 zum Schutze für Leben und Gesundheit der Steinmetzarbeiter Gesetzeskraft erlangt hat, gelte für sie nicht. (Der § 11 der Bundesratsverordnung, Absatz 2, besagt, die Bestimmungen der §§ 1, 2, 12 finden auf solche Fälle keine Anwendung, wo Steinhauer außerhalb einer regelmäßigen Betriebsstätte vorübergehend beschäftigt sind.) Nach einer Beschwerde der Benachteiligten lautet der Entscheid wörtlich wie folgt:

Nach dem Gutachten der Gewerbeinspektion Dresden, Bl. 50, und der kgl. Gewerbeinspektion Dresden, Bl. 51, sind diejenigen Steinmetzwerkplätze auf Bauplätzen, wo die Steinmetzarbeiten für umfangreiche Bauwerke, für ganze Häuserfronten oder für mehrere Bauten ausgeführt und die Arbeiter nicht nur ganz vorübergehend, sondern längere Zeit (monatelang) beschäftigt werden, nicht als vorübergehende Arbeitsplätze im Sinne von § 11, Abs. 2 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 20. März 1902 anzusehen, dies trifft namentlich in den Fällen zu, wo der betreffende Bauunternehmer bezw. der Unternehmer der Steinmetzarbeiten einen ständigen Werkplatz, also eine regelmäßige Betriebsstätte im Sinne von § 11, Abs. 2 oben bezeichneter Bekanntmachung nicht hat.

Vergleichen Steinmetzwerkplätze sind, vorbehaltlich der Entscheidung für den einzelnen Fall, so zu behandeln, wie ständige Steinmetzwerkplätze. Die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 20. März 1902 haben auf diese Betriebe volle Anwendung zu finden; vor allem sind aber für die im Freien arbeitenden Steinhauer die in § 4 der bezeichneter Bekanntmachung vorgeschriebenen

nen Schutzbücher oder Arbeitsbuden zu beschaffen.

Mitteilung von vorstehendem Beschlusse an den Obermeister der Steinmetz-Innung und den Vorsitzenden der vereinigten Arbeitgeber des Steinmetzgewerbes zu Dresden, Pirna und Umgegend.

Gewerbeamt B. Dr. Blochwitz.

Es war ja eigentlich gar keine andere Entscheidung zu erwarten, denn die Baufräuterei in Dresden hat sich so rapid und verderblich entwickelt, daß von einem Einhalten der sanitären und hygienischen bestehenden Vorschriften gar keine Rede mehr war. Arbeits- und Frühstücksbuden, dann Geräte und Klöße zum Warten waren bei solchen Unternehmern nur selten vorhanden. Der Umstand, daß die Bundesratsverordnung in solchen Fällen illusorisch gemacht werden könnte, würde dieses Parasitentum von Unternehmern nur noch mehr fördern. Wir begrüßen die Entscheidung der Königl. Gewerbeinspektion und des Gewerbeamts zu Dresden, und hoffen, daß dieselbe für andere Städte vorbildlich sein möchte. Daß es aber höchste Zeit war, daß diesen Baufräutern die Bundesratsverordnung in Erinnerung gebracht wurde, möge nachstehende Darstellung beweisen, wo die Arbeitsbuden bei verschiedenen Unternehmern vollständig fehlten, und zwar bei Eduard Patzig (Bahn), Eneisenaustraße, Unternehmer Lindner (Kreitel), Emser Allee 42, Brauer, Tolkewitz, am neuen städtischen Wasserwerk, Rans, Ecke Littmann- und Porsbergstraße, Kaiser, Littmannstraße, Schönherr, Schandauer Straße 23, Schreiter, Schandauer Straße 5, Bau Werner (Helbig), Hohe Straße, Helbig, Hospitalstraße, Braun, Cotta, Werner (Helbig), Burgsdorfer Straße, Trachau, Burthardt (Waldauf), Ecke Blasewitzer- und Weisstraße. Es ist Aufgabe der Gewerbeinspektion, sowie der Wohlfahrts-polizei, hier die Bundesratsverordnung zur Durchführung zu bringen.

Bericht von der ersten Konferenz des 6. Gauces am 12. April in Hildesheim.

Kollege Müller-Ohr eröffnete Vormittags 11 Uhr die Konferenz mit einem herzlichen Willkommen an die Delegierten und mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen zum weiteren Ausbau unsres Verbandes dienen mögen. Jeder Delegierte müsse offen seine Meinung aussprechen, dann kämen wir vorwärts. Daß die Konferenz einberufen werden mußte, würden die Verhandlungen zeigen. Gewählt wurden zum Vorsitzenden Maier-Braunschweig, zum Schriftführer Müller-Ohr, Tagesordnung: 1. Agitationsbericht; 2. Agitation; 3. Verbandsangelegenheiten; 4. Verschiedenes.

Zum 1. Punkt erhält Müller-Ohr das Wort und führt aus: Zu Pfingsten 1901 tagte in Hannover eine Steinmetzkonferenz Nordwest-Deutschlands, auf der ein Beschluß gefaßt wurde, rege Agitation zu treiben. Aber da brach der große Streik in Schleien aus und die Kassenverhältnisse waren nicht gut. Deshalb wurde in dieser Gegend nicht agitiert. Im Winter 1902 zeigte sich in allen Orten unsres Bezirks, daß die Organisation zurücklag. Die Zahlstellen Osterwald und Sameln verständigten sich wegen der Agitation und Redner wurde gewählt als Obmann der Agitationskommission. Drei Zahlstellen seien gegründet worden mit ca. 100—125 Kollegen, dies seien Leopoldsthal, Bradwebe, Göttingen, letztere gehöre nicht zu unserm Gau. Sameln sei aufgelöst wegen zu wenig Mitgliedern, so auch Hildesheim. In schriftlicher Beziehung sind ca. 80 Schreiben eingegangen und 80—100 ausgegangen; manche Zahlstellen seien recht läufig in dieser Art. Versammlungen wurden 11 abgehalten; es sei schwer gewesen, den Kollegen insbesondere die Umänderung der Organisation, sowie alle andern Kongreßbeschlüsse klar zu machen. Kollege Müller bittet, sachliche Kritik zu üben.

In der Diskussion spricht Maier sich dahin aus, unter den Steinmetzern sei ein gewisser Schlenbrian, der müsse aufhören, und empfiehlt die Hilfsarbeiter als Musterbild.

Steinbach-Osterwald hält es nicht für nötig, über den Bericht zu diskutieren.

Maier wünscht, die Arbeiten der Konferenz in einem Tage zu erledigen und empfiehlt, zum 2. Punkte überzugehen, was gutgeheißen wurde.

Zu diesem Punkt: Agitation, erhält Müller-Ohr das Wort. In längerer Rede legt er klar, wie es in unserm Bezirk steht. In der Diskussion sprechen sämtliche Delegierte.

Maier meint, es müßte ein Personenwechsel bei den Referenten vorgenommen werden und empfiehlt, daß der Vorstand Starke auch mal nach Braunschweig kommen möchte. Unter der Leitung von Wilschke, Tomas und Zeschke wäre es besser mit der Agitation gewesen, sie hätten sich mehr darum gekümmert. Redner kritisiert in längerer Rede die Bureaufraße des jetzigen Vorstands. Weiter bespricht er die Kleinarbeit, die nicht allzu leicht sei, man dürfe nicht den Mut verlieren und jeder Steinmetz solle wissen, daß wir auch Menschen sind.

Zenk-Hildesheim bespricht die Agitationsbetriebe und meint, daß es immer noch recht traurige Kollegen gebe, die den Unternehmern Handlangerdienste leisten, so daß die Kollegen, die sich für Agitation hergeben, auf die Straße geworfen werden. Weiter geht Redner auf die Gewerkschaftskartelle ein und empfiehlt, wissenschaftliche Vorträge abhalten zu lassen.

Steinbach-Osterwald bespricht die sehr traurige Lage der dortigen Kollegen, und empfiehlt, daß immer mehr fremde Kollegen sich an der Agitation beteiligen sollen. In Osterwald wäre es so traurig, daß viele nicht ihren Pflichten nachkommen könnten.

Hierauf nimmt Müller das Wort und geht auf die Verhältnisse einzelner Orte ein. Es sind 8 Orte vertreten durch dieselbe Zahl von Delegierten. Albenleben ist nicht vertreten, er habe Nachricht erhalten vom dortigen Vorsitzenden, daß die Zahlstelle im Einschlafen begriffen ist. Braunschweig ist durch Maier vertreten mit 23 Mitgliedern. Braunlage fehlt, es werden dort 40 Mitglieder geschätzt. Bradwebe hat 24 Mitglieder und ist durch Ehbrecht vertreten. Hannover 50 Mitglieder und ist durch Martin vertreten. Leopoldsthal, 18 Mitglieder, durch Vogel vertreten. Osterwald 69 Mitglieder, durch Steinbach. Osterholz 43 Mitglieder, durch Reip vertreten. Osnabrück 20 Mitglieder, durch Dehert vertreten. Springe fehlt, es werden dort 15 Kollegen geschätzt. Wernigerode 19 Mitglieder, vertreten durch Schäffler. Also ca. 300—350 organisierte Kollegen, demgegenüber stehen ca. 2000 Unorganisierte. (Schluß folgt.)

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Zahlstellen werden unverzüglich ersucht, an uns die Bestellungen der Protokolle vom Bauarbeiterschuttkongreß gelangen zu lassen. Das Exemplar kostet broschiert 20 Pfg., gebunden 70 bis 80 Pfg.

Wir werden den Zahlstellen ohne weiteres auf deren Konto ein gebundenes Exemplar überweisen.

Zur Maifeier in unserem Berufe

soll noch nachgetragen werden, daß die Steinmetzen von Alt-Wartbau die Arbeit ruhen ließen, die Brecher waren wegen schlechten Organisationsverhältnissen nicht in der Lage, dasselbe zu tun. Die beiden Firmen Schilling, Zeidler u. Wimmel

gaben bekannt, wer am 1. Mai von der Arbeit fernbleibt, darf auch am folgenden Tage nicht arbeiten. Erstes befolgten die Steinmetzen und letzteres befolgten auch die Unternehmer. Für eine solche lächerliche Rebanchepolitik haben wir nur ein mit-leidiges Lächeln, denn mit solchen Mitteln kann man uns nicht kenne machen. Auch sollte den Kollegen am Sonnabend der Lohn inne behalten werden, die Steinmetzen machten aber geltend, wo denn eigentlich die Unternehmervertreter ihre gesetzlichen Kenntnisse hergenommen hätten, weil auf einmal eine solche Rechtsanschauung sich bei denselben breit machte. Den Steinmetzen war es ein leichtes, dieses ungesetzliche Vorgehen zurückzuweisen, die Herren Meistervertreter blamierten sich kräftig und die Steinmetzen erhielten Sonnabends ihr Geld. Am 16. Juni präsentierten wir auch noch die Quittung.

Reudorf (Elbe). Die Maifeier, an der sich 170 Kollegen beteiligten, verlief in größter Ordnung.

Göppingen (Württemberg). Am 1. Mai demonstrierten zur Feier des Tages auch 30 Kollegen, welche sich am Festzuge beteiligten.

Einmütig begingen die Kollegen in Bunzlau und Wenig-Rackwitz die Maifeier.

Kappelrodeck (Schwarzwald). Den 1. Mai feierten 47 italienische und 4 deutsche Kollegen.

In Zukunft werden wir so spät eingehende Mitteilungen nicht mehr veröffentlichen, denn es hätte eine Postkarte, welche am 1., 2. oder 3. Mai abgefaßt worden wäre, genügt, um in der vorigen Nummer davon Notiz nehmen zu können. Erst nach acht Tagen kommen diese Nachzügler dazu, uns von dem Verlauf der Maifeier in Kenntnis zu setzen, wiederum ein Beweis, wie lässig es mit der Berichterstattung in manchen Orten genommen wird.

An die Versammlungsschriftführer.

Wir geben hiemit bekannt, daß des internationalen Kongresses halber mit der Nr. 22 des Steinarbeiters, welche am Pfingst-Sonnabend erscheint, auch gleichzeitig die Nr. 23 mit versandt wird. Es sind deshalb alle Berichte umgehend, längstens aber bis zum 25. Mai an die Redaktion einzusenden.

Die Correspondenzblätter zu der Nr. 23 können deshalb erst der Nr. 24 beigelegt werden.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungs-Berichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Bremen I. Mitgliederversammlung am 28. April. Es machte sich schon wieder nötig, einen Vorsitzenden zu wählen, indem der bisherige in einer Augenheilklinik hat Zusucht nehmen müssen. Es wurde einstimmig Karl Maus gewählt. Hierauf wurde zur Maifeier weitere Stellung genommen. Es war in letzter Versammlung auf jeden Werkplatz an die betreffenden Mitgestellten die Anforderung gestellt, mit den Meistern zu unterhandeln und um Ausfüllung der vom Kartell gestellten Fragebogen gebeten. Leider mußten wir den Unternehmern die betreffenden Gesellen, welche auf Bauten arbeiten, zur Verfügung stellen. Die Unternehmer gestatteten uns natürlich gar keine Maifeier und von den obigen Leuten machten sie den ausgiebigsten Gebrauch, ja sogar wurden die Leute unnötig auf Bauten geschickt, z. B. für den Bau der Bremer Bank, wo nur 1 Polier und 2 Maurer arbeiten, wurden 5 Steinmetzen gestellt. Sämtliche Leute, die arbeiten mußten, zahlten einen freiwilligen Beitrag von 2.50 Mark an die örtliche Kasse, da dieselbe von verschiedenen Streiks und andern Anforderungen stark angegriffen wird. Es wurden die streikenden Steinmetzen in Budapest durch 30 Mark, die Schuttmacher in Pirmasens und Bremen durch Marken-Abnahme unterstützt, ferner den Ausgeperrten in Hferloh 10 Mark, sowie zum Wahlfonds 50 Mark bewilligt. Der Vorsitzende machte besonders aufmerksam auf die vom Kartell ausgegebenen Wahlkarten, da wir doch außer dem eignen, noch den 18. hannoverschen Wahlkreis mit zu befragen haben. Ferner wurde ein Antrag gestellt, welcher bestimmt, daß jedes Mitglied eine Markkarte zu nehmen hat. Der Kartelldelegierte erstattete Bericht betr. Abrechnung des Kartells und Sekretariats.

Chemnitz. Am Montag, den 4. Mai, tagte hier eine stark besuchte Mitgliederversammlung, welche sich mit der seit dem 2. Mai bestehenden Aussperrung beschäftigte. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, das Gewerbegericht in dieser Angelegenheit als Einigungsamt anzurufen. Ein Antrag auf Wiederherstellung des früheren Arbeitsverhältnisses wurde gestellt. Einige Arbeitgeber waren zu diesem Zwecke geladen worden und auch erschienen, lehnten aber jede Unterhandlung vor dem Einigungsamt strikte ab. In einer hierauf am Donnerstag, den 7. Mai, abgehaltenen Steinmetzversammlung wurde dieses den Kollegen fargelegt, auch war zu dieser Versammlung der Verbandsvorsitzende, Kollege Starke, anwesend, welcher gleichzeitig ein klares Bild von der gegenwärtigen Lage innerhalb unsres Berufes in Deutschland gab. Seine Ausführungen wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Versammlung nahm ihr Ende mit Annahme folgender Resolution: „Die heute in der Plauenischen Bierhalle tagende öffentliche Steinmetzversammlung nimmt Kenntnis von der Verhandlung vor dem Einigungsamt, wo die Meister jede Unterhandlung mit den Ausgeperrten ablehnten. Da nun die von uns dargebotene Hand zur Einigung brüst zurückgewiesen worden ist, erklären die heute hier erschienenen ausgeperrten Steinmetz, die Initiative zur Einigung nicht wieder zu ergreifen, sondern vielmehr den aufgedrungenen Kampf mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln aufzusuchen.“

Emmendingen. Am Sonntag, den 26. April, fand in Bombach eine gut besuchte Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme zu der Zahlstelle Segau-Verch, da laut Statut dieselbe sich auflösen muß, indem zu wenig Beitragszahler vorhanden waren. Die Versammlung beschloß aber, das Material nicht fortzuschicken, sondern den Sitz nach Emmendingen zu verlegen, indem dieser Ort der Mittelpunkt von der Umgegend ist. Es wurde hierauf der Vorstand gewählt. Als erster Vertrauensmann wurde Gottlieb Illmer, als zweiter Epple-Herbolzheim, als Kassierer Dausch-Konnersreuth, als Schriftführer Gönner-Emmendingen, als Revisoren Gering-Waldbrich und Müllinger-Malterdingen gewählt. 12 Kollegen ließen sich aufnehmen.

Göttingen. Am 30. April fand hier eine Steinhauer-versammlung statt, welche von 40 Mann besucht war. Kollege Wegener aus Kassel referierte über Zweck und Nutzen der Organisation und hielt über die säumigen Zahler und die nicht-organisierten Kollegen Bericht. Die Folge war, daß sich zehn Mann aufnehmen ließen. Alsdann erläuterte Kollege Wegener die Bundesratsverordnung und betonte, daß es hauptsächlich an den Kollegen selbst liegt, wenn die Unternehmer die Bestimmungen nicht einhalten. Festgestellt wurde nun, daß auf drei Plätzen die neunstündige Arbeitszeit innegehalten wurde, während noch auf den übrigen 8 Plätzen 10, sogar noch 11 Stunden gearbeitet werden mußte. Auch die andern Bestimmungen werden nicht innegehalten. Dem überwachenden Beamten wurde die genaue Angabe der Namen der Meister gemacht, welche die Bestimmungen nicht einhalten. Nachdem wurde ein Brief des Gauleiters Wagner-Erfurt verlesen und beschlossen, den Sol-

legen Ehracht zur Konferenz nach Mühlhausen zu entfenden. Da weiter nichts vorlag, schloß der Vorsitzende Winler die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband der deutschen Stein- arbeiter. — Versammlungen der Steinmehrer von Göttingen und Umgebung finden alle 14 Tage und zwar Mittwochs statt.

München. Am Sonnabend, den 25. April, Abends 8 Uhr, fand im Restaurant Müllerbad eine gut besuchte Steinarbeiter- versammlung statt. Zu Punkt 1, Berichterstattung über das erste Quartal, gab der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses, und der Kassierer einen solchen über die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes, dem bis jetzt 172 Mitglieder angehören. Der Kassierer betonte, daß leider verschiedene Kollegen ihrem Versprechen, die alten Beiträge nach- zuzahlen, noch nicht nachgekommen sind. Die Kollegen Witter- meier und Link als Revisoren bestätigten, daß Kasse und Bücher sich in bester Ordnung befinden. Ersterer glaubt, daß am 8. Januar die Beiträge zu nieder gestellt wurden und fordert die Kollegen auf, sich in Krankheitsfällen sowie bei Arbeitslosigkeit beim Kassierer zu melden. Link findet die Erhöhung noch zu früh. Vorsitzender Fuchs bespricht noch die Reiseunterstützung und führte aus, die Mitglieder sollen nur für den Ausbau des Verbandes sorgen, dann sei eine Erhöhung nicht notwendig. Verschiedene Redner sind der gleichen Anschauung. Gewerkschaftsdelegierter Köstler erstattete sodann Bericht über die Tätig- keit des Gewerkschaftsvereins. An die Entlassung des Hilfs- arbeiter Lorenz, die mehrere Redner für ungerechtfertigt halten, knüpfte sich eine kurze Debatte. Bei Krankenunterstützung wurde nach längerer Debatte folgender Antrag angenommen: Die Unterstützung wird nach altem System fortgeführt, Sammel- listen mit Namen des Kranken herausgegeben und wenn Bücher, solche Versammlungsstärke des Kranken in Ordnung sind, nach siebenwöchiger Krankheit 20 Mark gewährt; dies gilt solange, bis der Verband sich mit dem Vergnügungsverein ins Benehmen gesetzt hat, um diese Sache zu ordnen. Hierzu wurde eine Kom- mission gewählt. Bei Verschiedenes wurde beschlossen, den 1. Mai als Feiertag zu betrachten und die Kollegen aufgefordert, sich in demonstrativer Weise am Besuch der Versammlung im Münchner Kindlfelder zu beteiligen. Betreffs der Bundesratsver- ordnung wurde hauptsächlich darüber gellagt, daß gerade von den städtischen Bauten diese nicht eingehalten werde, obwohl die polizeilichen Vorschriften wegen dem 10-Uhr- und 5-Uhr-Bier von den betreffenden Baubehörden in äußerst gewissenhaftem Sinne durchgeführt werden. Nach reger Debatte wurde eine Resolution einstimmig angenommen: Die Steinarbeiterversamm- lung möge einen oder zwei Mann bestimmen, die mit Herrn Regierungsrat Böllath im Ministerium, mit der Fabrikinspektion im Regierungsgebäude und mit Herrn Bürgermeister v. Vorstcht Rücksprache betreffs der Durchführung der Bundesratsverord- nung zu nehmen haben, um diese Verordnung in allen hiesigen in Betracht kommenden Betrieben zur Geltung zu bringen. Die beauftragten Kollegen haben auch die wichtigsten Klagen vorerst zu besichtigen und alle Mängel gleich zur Anzeige zu bringen. Sollten jedoch von obigen Behörden nicht die nötigen Schritte unternommen werden, so ist sofort die Presse in Anspruch zu nehmen, um auf diese Weise vielleicht Abhilfe herbeizuführen. Ein Antrag, Listen für die streikenden Steinarbeiter und andre Korporationen herauszugeben, sowie ein Antrag, den Münz- berger Streik als ersten Punkt der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen, wurde angenommen. Bekannt wurde gegeben, daß jeden vierten Sonnabend in Zukunft die Versamm- lungen stattfinden. Nach einem Appell an die Anwesenden, die Sache des Verbandes hochzuhalten, schloß der Vorsitzende die Ver- sammlung.

Plauen i. B. Am 24. April fand hier eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zuerst machte sich die Wahl dreier Revisoren nötig; es wurden die Kollegen Eismann, Artz und Pfeil einstimmig gewählt, darauf wurde zur Wahl eines neuen Kassierers geschritten, wobei es zu einer längeren Debatte kam, da der Kassierer sich einen Postenposten errungen hat. Es wurde Kollege Wilhelm Franz als Kassierer gewählt, hierzu wurde noch betont, daß die Platzkassierer regelmäßig abrechnen, damit kein Mißverständnis entsteht und sich keine Klagen damit dem Kassierer als Ant erleichtert wird und sich keine Rückstände mehr einschleichen können. Zum 2. Punkt, Tarif- angelegenheiten, kam es auch zu scharfen Debatten und es wurde von der Versammlung aus sehr gerügt, daß auf einem Platz die Kollegen so sehr mit dem an und für sich schon schlechten Tarif noch hintergangen werden. Die Firma sucht fortwährend in Dresden Zeitungen ca. 15 Steinmehrer und hat für die hiesigen noch nicht einmal Arbeit, sonst würde selbige die Stein- mehren nicht tagelang im Wadenrecht bekämpfen und schließlich vor das Gewerbegericht gehen lassen. Da am 1. Juli unser Tarif abläuft, wurde auch hierzu Stellung genommen, man hörte all- seitig die Klage des schlechten Verdienstes und der teuren Lebens- weise, der man sich hier in Plauen unterwerfen muß.

Miesä. In dem Versammlungsbericht in Nr. 13 des Stein- arbeiter soll es heißen, daß der von der Firma C. F. Förster ge- machte Vorschlag, nochmals 10 Prozent herunter zu gehen, sich nur auf eine Arbeit bezieht im Werte von 6—7000 Mk., bei jeder weiteren Arbeit will die Firma den mit den Gesellen verein- barten Tarif bezahlen.

Miesä. Am 6. Mai tagte hier im Poeten-Restaurant eine sehr schlecht besuchte Versammlung. Trotz der wichtigen Tages- ordnung und mehrmaliger Einladung hatten es die Herren ver- schmäht, zu kommen. 1. Punkt: Abrechnung vom 1. Quar- tal 1903. Nachdem der stellvertretende Vertrauensmann die Abrechnung vorgelesen hatte, wurde dieselbe von der Versammlung gutgeheißen und für richtig befunden. 2. Punkt: Wahl eines 1. Vorsitzenden. Als solcher wurde der Schriftführer, Kollege Fritz Gehl, und an dessen Stelle Kollege Clemens Fischer ge- wählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Spalteholz und Horn gewählt. 3. Punkt: Vereinsangelegenheiten. Für das Aus- stellen der neuen Bücher werden dem früheren Vorsitzenden Ott 3 Mk. bewilligt. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Abhaltung eines Sommerbergnügens; doch wurde beschlossen, diesen Punkt bis zur nächsten Versammlung zu vertagen.

Mehle (Osterrwald). Am 30. April fand im Saale des Herrn Jungesblut in Mehle eine sehr gut besuchte Steinarbeiter- versammlung statt. Aber es wunkte auch jeder, was ihm dorthin trieb, nämlich das Hoch der Unternehmer abzumalzen und etwas festes zu erkämpfen, nämlich einen Tarif. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Berichterstattung der Tarifkom- mission, wurde mitgeteilt, daß die Meister brieflich aufgefordert wurden, mit uns zu verhandeln, was jedoch dieselben ablehnten, indem sie unsere Schreiben unbeantwortet ließen. Der Geschäfts- führer von der Firma Giebel sagte einfach, als er von seiten der Kommission nochmals angehalten wurde, ob er nicht verhandeln wollte, er sage nichts dazu, übrigens wäre die Zeit zum Ant- worten zu kurz. Na, wir denken, wenn die Herren Meister vier Tage Zeit haben, sich zu erklären, ob sie mit uns verhandeln wollen, daß diese Zeit vollständig ausreicht. Jedemfalls hat Herr Jung sowie auch die anderen gedacht, wir sollten ihnen ¼ Jahr Zeit lassen, damit die vorhandene Arbeit erst fertig würde, und sie uns dann auf dem Trockenen sitzen lassen könnten. Im Punkt Verschiedenes kam noch zur Sprache, daß die ganzen Ein- richtungen in den Brüchen wie auf den Klagen noch lange nicht der Bundesratsverordnung genügt. Kollege Müller hielt noch eine Ansprache, daß es eines jeden Pflicht wäre, dem Verband zu helfen und ihn zu fördern. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung. Aber, wie gedacht, so kam es, denn unsere besten hier tätigen Kräfte flogen am Sonnabend darauf aufs Pflaster — natürlich wegen Mangel an Rohmaterial; aber dabei bleibt die Arbeit doch eilig, und wer kommt, wird eingestellt. Das nennen vielleicht die Herren Meister mit ihren Gesellen auf friedlicher Basis unterhandeln.

Ulm a. D. Am 1. d. M. tagte hier eine von 36 Kollegen besuchte Versammlung. Das Protokoll wurde vorgelesen und angenommen. Da sich der bisherige Vorsitzende genötigt sah, das Amt niederzulegen, so wurde Kollege Majoner ein- stimmig dazu gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, der Geschäftsleitung mitzuteilen, daß die Ulmer Kollegen eine

vom Internationalen Kongreß zurückkehrenden Delegierten zu einem Referat wünschen. Für die Budapester Kollegen wurden 10 Mark bewilligt. Nachdem Genosse Haas noch einen feffelnden Vortrag gehalten hatte, für den er allgemeinen Beifall erntete, wurde die Versammlung geschlossen. Fünf Aufnahmen waren in den vergangenen 14 Tagen zu verzeichnen, und die ganze Bewegung von dort zeigt, daß es vorwärts geht, denn der gute Versammlungsbesuch ist dafür ein schöner Beweis.

Budapest. Am 25. April d. J. haben uns die Arbeiter ihrer Tarif übermitteln, welcher seitens der Kommission geprüft, aber als mangelhaft ausgearbeitet und deshalb nicht als annehm- bar erklärt wurde. Der Tarif ist in Kubit, Quadrat, Korrent zusammengefaßt. Es sind 63 Stützen darin enthalten, welche keine Bedeutung haben, indem in gar keiner Weise eine Be- grenzung angeführt ist; z. B. bei glatten eingeleigten Stützen ist keine Ausnahme, der ganze Tarif enthält keine einzige über Ver- krüppelungen, Wiederkehren etc. Es sind ca. 10 Stützen nur von Stufen. In seinem ganzen Umfang ist das kein Tarif, sondern eine Tabelle für Anschauungsunterricht. Was die Preise anbe- langt, so sollten sie, laut ihren Zulagen, eine Erhöhung von 10 Prozent betragen, aber nach dem Bericht der Kommission ist ein Abzug von 20—60 Prozent zu verzeichnen, daher ist aus dem Schreiben zu ersehen, daß dieser Tarif nicht zu genehmigen ist. Arbeitszeit wollen sie nicht verkürzen mit der Begründung, daß sie mit dem Auslande nicht konkurrieren können. Nach der Kontrolle wurde am 28. April eine Verhandlung einberufen, bei welcher die oben erwähnte Ansicht seitens der Kollegen den Ar- beitgebern mitgeteilt wurde mit dem Bemerkten, daß der Tarif nicht annehmbar ist. Ueber diese Mitteilung waren die Arbeit- geber überrascht. Die Arbeiter denken einen dritten Tarif auszuarbeiten, welcher am 1. März 1904 ins Leben treten soll mit einer Lohnerhöhung von 10 Prozent, welche auch nicht an- nehmbar ist, indem kein Grundlohn vorhanden ist. Für die Uebergangszeit einen Minimalstundenlohn von 48 Heller bei Affordarbeiten, bei Lohnarbeiten 56 Heller, bei komplizierten Ar- beiten 70 Heller pro Stunde. Für Ueberstunden den regelrechten Lohn. Zu dem Auf- und Abbänken durch Tagelöhner haben sich die Arbeitgeber ablehnend benommen. Ja, sie geben uns Tage- löhner, wenn wir sie von unserm Gelde bestreiten. Zum Schluß sagten die Arbeitgeber, daß sie weitere Verhandlungen für un- nötig halten, sie werden auch solche nicht einberufen. Am 2. d. M. wurde eine öffentliche Versammlung einberufen, bei welcher diese Begründungen der Allgemeinheit vorgelegt wurden. Nach Er- örterung des Berichts wurden die Kollegen von dem Vorsitzenden befragt: mer unter diesen vorgelesenen und erörterten Bedin- gungen die Arbeit aufnehmen will, möge die Hand erheben. Er- freulich war es, daß nicht eine einzige Hand erhoben wurde. Nun kam die zweite Frage: wer bei den Forderungen weiter kämpfen will? Auf diese Frage erhoben alle 400 anwesenden Kollegen die Hand. Weiter wurde beschlossen, an die höheren Instanzen sich zu wenden und alle Möglichkeiten zu ergreifen, damit unsere For- derungen unbedingt durchgeführt werden. Die Zusammen- haltung der Kollegen ist musterhaft und sind wir geneigt, bis aufs äußerste auszuhalten, um unsern Kampf zum Siege zu bringen. Jetzt ist es die siebente Woche des Streiks, aber wir haben noch keinen Streikbrecher zu verzeichnen. Da der Kampf jetzt immer ernsthafter wird, ersuchen wir die Kollegen um weitere moralische und materielle Unterstützung.

Zu der Aussperrung in Chemnitz.

Bekanntlich faßte die Steinmehrgewinnung in Chemnitz den Be- schluß, vor den Steinmehrer den 1. Mai begehrt, wird auf ein Jahr ausgesperrt. Die Steinmehrer ließen sich diesen Weltfeiertag nicht illusorisch machen und die Innungsmitglied- beharren auf ihrem Beschluß, und die Aussperrung trat ein. Die unsererseits angebahnten Verhandlungen wurden abgelehnt, aber den Unternehmern scheint doch ihr Beschluß, mit dem sie sich auch noch recht lächerlich machten, schwer im Magen zu liegen.

Im Bunzlauer Tageblatt werden Steinmehrer gesucht und zwar nach Chemnitz. Wir dachten, die Innungsgetreuen wollten einen Schildbürgerstreich verüben. Denn wenn man 100 Mann aufs Pflaster wirft und sich auf den rein kapitalistischen selbst- herrischen Standpunkt stellt; dann dachten wir hätten es auch nicht notwendig, sich sofort um Steinmehrer zu bemühen. Auf das in Bunzlau erschienene Inserat meldeten sich auch Kollegen und wir sind in der Lage, ein Schreiben zu veröffentlichen, daß die Herren E. Morgenstern Nachfolger einem sich um Arbeit bewerbenden Kollegen zukommen ließen. Das Schreiben lautet:

Herrn Steinmeh N. N., Bunzlau.
Ihre Karte haben wir erhalten und teilen Ihnen mit, daß wir noch mehr Leute einstellen, wenn es Ihnen möglich ist, noch einige mitzubringen, dann würden wir uns extra bei Ihnen abfinden und wenn es gute Leute sind, die- selben mit der Arbeit zu berücksichtigen, und hat auch schon ein N. N. von dort geschrieben, vielleicht ist das auch ein passen- der Mann. Wir eruchen Sie gefälligst, uns die Zeit der Ankunft in Chemnitz mitzuteilen, können auch eine Depesche abgeben, wir wollen dieselbe bezahlen.

Im Fall wir uns nicht auf dem Bahnhof treffen sollten, dann bitte nach Turnstraße 200, III. zu gehen bei Paul Schaarschuch. Sie können mit der Straßenbahn vom Bahnhof nach den Markt, dann von Markt nach der Bernsdorferstraße bis zur Turnstraße. Ich will als Zeichen eine Schmiege in die Hand nehmen.

Hochachtungsvoll
E. Morgenstern Nachf.

Also um Arbeitswillige bemühen sich diese Herren. Diese Leute sollen dann, vorausgesetzt, daß sie äußerst tüchtige Ar- beiter sind, auch noch bei der Arbeitsverteilung berücksichtigt werden. Ja, der Empfänger des vorstehend veröffentlichten Briefes soll extra eine Vergütung für seine Bemühungen erhalten. Leider hatte der Kollege für solche Versprechungen kein Verständnis und lehnte es ab, als Arbeitswilliger bei E. Morgenstern Nachfolger zu fungieren.

Wie fein hätte es sich ausgenommen, wenn der als Arbeits- williger Engagierte an der Seite dieses Innungsangehörigen, welcher als äußeres Erkennungszeichen mit der unvermeidlichen Schmiege ausgerüstet war, in Chemnitz eingezogen wäre.

Mit den bisher Beschäftigten findet man keine Zeit, zu ver- handeln. Die Unternehmer glauben, ihr Ansehen würde darunter leiden, aber Arbeitswillige sucht man anzuwerben, ja, man er- wartet die Leute anstandshalber auf der Bahn, um das patriarchalische Zusammenharmonieren, das ja schon längst in die Brüche gegangen ist, wieder herzustellen. Oder wollte man die eventuellen Arbeitswilligen schützen vor dem Terrorismus, der von den Unternehmern ausgesperrten Steinmehrer? Diesen Schutz könnte aber die wohlthätige Polizei in Chemnitz doch bedeutend besser versehen, als irgend ein Angehöriger der Innung.

Des weiteren sei hier festgestellt, daß die Leipziger und selbstredend auch die Unternehmer in andern Orten wegen der Chemnitzer Aussperrung schon mit schwarzen Listen ver- sehen sind. In der Zeitung des Steinmehrerverbandes scheint man jetzt die Herstellung der schwarzen Listen fabrikmäßig zu betreiben, denn der Herr Steinmehrermeister Schulze in Dresden hatte erst vor einigen Wochen die Genugung, daß seine streikenden Steinmehrer durch so einen Urabsbrief gemein- scheinlich bezeichnet wurden.

Die Chemnitzer Zünfler, insbesondere Morgensterns Nach- folger, die Herren Paul Schaarschuch und Paul Morgen-

stern mögen im Verein mit dem Steinmehrermeisterverband handeln wie sie wollen, terrorisieren wie sie wollen, es wird sicherlich nicht zu unserm Schaden sein.

Gerichtliches.

Polizei gegen Streikposten. Dieses unerhörliche Kapitel erfuhr am 21. April vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg eine drastische Verurteilung. Der Dreher Giob hatte sich wegen groben Unfugs und Verkehrsbehinderung, begangen durch Streik- postenstellen, zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab fol- genden Tatbestand: Anlässlich des letzten Streiks bei der Firma Nachmann hatte Giob Streikposten gestanden. Am 23. Dezember und 2. Januar ist er dabei ohne jede Ursache von Schutzleuten festgenommen worden. In der Aussage eines kommissarisch vernommenen Wachtmeisters heißt es nun wörtlich: „Auf meine Frage nach dem Zweck seines Aufenthalts vor der Fabrik ant- wortete mir Giob: „Ich bin Streikposten“; darauf nahm ich ihn fest.“ Ein anderer Schutzmann befandete, ihm sei der An- gellagte als Streikposten gekennzeichnet worden, deshalb habe er ihn zum Verlassen der betreffenden Straße aufgefordert. Giob sei der Aufforderung damals auch nachgekommen. Nach zwei oder drei Tagen habe er den Giob wieder Posten stehen gesehen und da habe er ihn ohne weiteres festgenommen. Die Frage des Vor- sitzenden, ob in der Nähe der Nachmannschen Fabrik viel Verkehr sei, verneinte der Schutzmann, trotzdem behauptete er aber, der Angellagte habe als Einzelperson, auf dem nur schmalen Trottoir stehend, den Verkehr in der fast menschenleeren Straße behindert. Von Rechtsanwält Dr. Heinemann als Verteidiger des An- gellagten wurde das jeder rechtlichen Begründung hochnisprechende Vorgehen der Polizeiorgane gegen den Streikposten gebührend charakterisiert. Er beantragte gleich dem Amtsanwalt Frei- sprechung. Nach einer Beratung von etwa zwei oder drei Minuten Dauer verkündete der Vorsitzende die kostenlose Frei- sprechung des Angellagten. In der Urteilsbegründung hieß es: Zur Sittierung Giobs habe absolut keine Veranlassung vor- gelegen. Das Eintreten in einen Streik sei den Arbeitern ge- setzlich gestattet, mithin müßte ihnen auch das Postenstehen an sich als Mittel zur Durchführung des Streiks erlaubt sein, soweit dies in dem rechtlich ungenutzten Rahmen ausgeübt werde. Diese Grenzen seien von dem Angellagten in keiner Weise überschritten worden, vielmehr ist seine Verhaftung lediglich deshalb erfolgt, weil er Streikposten gestanden hat. Dazu sei die Polizei aber nicht berechtigt. Aus der Beweisaufnahme habe sich ergeben, daß der Angellagte weder groben Unfug verübt, noch die Straßen- polizeiverordnung verletzt habe, weshalb auf Freisprechung er- kannt werden mußte.

Submissionsresultate.

Bei der Vergebung von Steinmehrarbeiten zur Kunst- und Handwerkerschule in Erfurt wurden folgende Offerten abgegeben:

1. Winterfeld, Miltenberg	35952.01 Mk.
2. Walthert, Erfurt	30070.93 "
3. C. A. Merkel, Erfurt	27968.06 "
4. Helfrich, Kaiserlautern	26080.81 "
5. Beck u. Lamprecht, Blankenburg	17876.25 "
6. Hausenbiel, Erfurt (Cementstein)	17495.98 "
7. Kolbe, Erfurt	16955.32 "

Bedingung: Sämtliche Arbeiten müssen am Ort auf einem von der Bauleitung angewiesenen Platz ausgeführt werden.

Bei vorstehenden Angeboten ist es wohl kaum zu bewundern, wenn tarifliche Vereinbarungen über den Haufen geworfen werden.

Rundschau.

Kein schlechtes Geschäft. Hohburger Quarz-Porphyr- werke, A. G. in Rödnitz, Bezirk Leipzig. Die Gesamt- produktion im Betriebsjahre 1902 betrug 73 847 Kubik- meter Steine der verschiedenen Qualitäten, gegen eine solche von 61 473 Kubikmeter des Vorjahres. Der Bestand Ende 1901 betrug 13 416 Kubikmeter, so daß also 87 263 Kubik- meter zur Verfügung standen. Sieben wurden verkauft und abgeliefert 75 122 Kubikmeter, so daß am Ende des Jahres 12 141 Kubikmeter im Bestand verblieben. In- folge der Produktionssteigerung war es möglich, einen er- höhten Umsatz zu erzielen und so, trotz der weichen Preis- konjunktur, das Wirtschaftsergebnis des Jahres 1902 auf die Höhe zu bringen, die in den Vorjahren bei nicht re- duzierten Verkaufspreisen erzielt wurde. Die Aussicht für das Geschäft des begonnenen Jahres gestaltet sich laut Nechnschaftsbericht in mancher Beziehung günstiger als im Vorjahre, da die Preise eine Neigung zu steigender Tendenz zeigen. Ein großer Teil der Jahresproduktion ist bereits verkauft, während wegen des noch verfügbaren Teiles Ver- handlungen schweben, die begründete Aussicht bieten, daß binnen kurzer Zeit die gesamte Produktion per 1903 aus- verkauft sein wird. Der Ueberschuß aus dem ganzen Be- triebe beträgt 297 473 Mk. Die Geschäfts- und Verwaltungs- aufkosten erforderten 90 702 Mk., die Abschreibungen 57 148 Mk., so daß 149 622 Mk. Reingewinn verbleiben.

Man sieht, dieses Geschäft floriert ausgezeichnet, die Herren Aktionäre verdienen hohe Summen, und das jetzige Jahr wird noch mehr Gewinn abwerfen. Ganz anders da- gegen gestalten sich die Verhältnisse der in diesen Werken beschäftigten Steinarbeiter. Die Löhne werden systematisch gekürzt, hauptsächlich zu Winterzeiten, wo die Steinarbeiter natürlich vollständig machtlos gegen ein solches Vorgehen waren. Alle Unkosten zur Produktion der Pflastersteine hat man der Einfachheit halber den Steinarbeitern aufgebürdet. In den sämtlichen Betrieben von Wurzen und Umgebung müssen die Steinarbeiter das Werkzeug, die Schmiedeschärfe, das Pulver zum Sprengen u. s. w. selbst stellen resp. vom Unternehmer kaufen. Ein Be- schäftigter hatte im vorigen Jahre für Werkzeugschärfen und Schmiedearbeiten 135 Mark Unkosten zu entrichten.

Auch die Einführung der Bohrmaschine hat sehr schädliche und nachteilige Wirkungen mit sich gebracht. Das Bohren mit der Maschine geschieht im Tagelohn, ebenfalls auch das Rohzuschlagen der Pflastersteine. Anstatt aber nun auch das Zuputzen derselben im Tagelohn gesehen zu lassen, übergibt man dieses den Leuten in Akkord. Nun sind aber die Preise für die bereits rohgeschlagenen Steine, die noch zugeputzt werden müssen, so gestellt, daß diese gegen früher eine kolossale Reduzierung bedeuten. Man hat den Steinarbeitern die Preise einfach nach Belieben diktiert und auch systematisch reduziert. Die Steinarbeiter von Wurzen haben aber eingesehen gelernt, daß solchen Bestrebungen ent- gegengearbeitet werden muß. Die jetzt aufsteigende Or- ganisation berechtigt auch zu den schönsten Hoffnungen.

Kartellpraxis. Einige recht anschauliche Beispiele für den Unterschied zwischen dem Inlands- und Exportpreisen deutscher Kartelle bietet Professor Diekel in seiner Sozialpolitik und Handelspolitik (S. 27—29).

Im Einverständnis mit dem Zuckerkartell verkaufte Anfang 1901 eine Kölner Raffinerie Würfelzucker in Säcken nach der Schweiz für 29½ Franken pro 100 Kilogramm. Der Kartell- preis in Deutschland für Würfelzucker in Kisten war 31.95 Mk.

pro 50 Kilogramm — und Berücksichtigung der Differenz in der Verpackung gleich 62 Mk. pro 100 Kilogramm; hievon gingen ab 20 Mk. für Steuer und 3.55 Mk. Exportprämie, so daß also das Kartell von dem nationalen Konsumenten einen Preis von 38.45 Mk. verlangte, von dem Schweizer Kunden nur 23.75 Mk. (= 29.5 Franken).“

In einem Bericht vom oberösterreichischen Eisenblech- und Drahtmarkt hieß es vor einiger Zeit: „Man notiert Grundpreise ab Wert für Thomas-Flußeisbleche 140 Mk. p. T., Siemens-Martinbleche 140 bis 145 Mk., Kesselbleche prima Qualität 160 bis 180 Mk.“ ... für den Export bewegen sich die Grundpreise zwischen 100 und 125 Mk. p. T. ab Wert ... man notiert Walzdraht zu 135 bis 145 Mk. p. T., gezogenen Flußeisendraht zu 147½ bis 150, gezogenen Stahlblech zu 170 bis 175, Drahtstifte zu 205 bis 210 ... für den Export 10 bis 20 Mk. je nach der Relation billiger.“

Einige Wochen später: „Die Verbandsnotierungen lauten 140 Mk. für gewöhnliche Handelsqualitätsbleche in Flußeisen pro Tonne, bei Frachtgrundlage Essen, Siegen, Dillingen, Königs-Laurahütte; die Exportpreise für gewöhnliche Handelsqualität 115 bis 125 Mk. ab Wert“ ... Mit russischen Abnehmern sind in letzter Zeit größere Objekte an Grob- und Mittelblechen zum zu 205 bis 210 ... für den Export 10 bis 20 Mk. je nach der preis franko Landesgrenze unverzollt.“

„Die Preisliste hielt sich im hiesigen Revier auf 140 bis 150 Mk. Frantopreise — franto Waggon Empfangstation des deutschen Abgabebetriebs — je nach der Relation, während die Exportpreise Erlöse von etwa 100 bis 115 Mk. ab Wert erlassen.“ (Bericht vom oberösterreichischen Eisenblechmarkt.)

„Die mit Hilfe des Grobblech-Syndikats im Inlande erzielten hohen Preise für Kesselbleche gestatten den Verbandswerken, ihre überschüssige Produktion à tout prix ins Ausland abzugeben.“ (Der deutsche Maschinenbau muß diese Rechnung bezahlen.“ (Bericht vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt.)

„Während die Käufer von Walzdraht seitens des Syndikats Anfang 1900 gezwungen wurden, zu 185 Mk. pro Tonne abzuschließen, wurde von großen Werken schon im Herbst 1900 Draht zu 105 Mk. ins Ausland verkauft; im Inlande stand der Drahtpreis im Juni 1901 auf 135 Mk., Webedrähte wurden an die Konkurrenz in England zu Preisen verkauft, welche zum Teil auf früheren Walzdrahtpreisen basierten. Die englischen Fabrikanten hatten also den Draht nahezu um die Hälfte des Einfuhrzolls billiger als wir deutschen.“ (Bericht des Neuwalzwerks Börsenverbe.)

Die Aussperrung in Birmasens wird allem Anschein nach so bald noch nicht beendet werden. Alle Einigungsversuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, werden von den Fabrikanten schroff zurückgewiesen. Die Geschäftsleute in Birmasens fühlen sich begreiflicherweise durch die Aussperrung stark benachteiligt. Ein Versuch zur Beilegung des Konfliktes, den der Detailistenverein machte, blieb ebenso erfolglos, wie ein von den Arbeitern gemachter Versuch, die Vermittlung des Gewerbegerichts als Einigungsamt zu erlangen. Die Fabrikanten wollen die von ihnen begonnene Kampfprobe unter allen Umständen durchführen und in ihrem Interesse entscheiden.

Der Vorstand des Schuhmacherverbandes erläßt einen Aufruf und weist darauf hin, daß zur Führung des Kampfes allwöchentlich die Summe von 30 000 Mk. notwendig ist, um die Streikenden zu unterstützen. Die finanziellen Mittel des Verbandes gehen aber beinahe zur Neige, und deshalb ersucht der Vorstand des Schuhmacherverbandes, daß jeder Klassenbewußte Arbeiter zur Führung des Kampfes beitragen möge.

Alle Geldsendungen sind an den Hauptkassierer Georg Neuh, Nürnberg, Mägeldorfer Straße 10, zu richten.

An die organisierten Arbeiter allerorts! Der Kampf in Fierlohn dauert unverändert fort. Die Arbeitswilligen kann man mit der Laterne suchen und werden die Unternehmer einsehen, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen ist. Einzelne Fabrikanten werden, wie bisher, versuchen, auswärts gearbeitet zu bekommen oder Arbeitswillige anzuerwerben. Wir bitten, von jedem solchen Versuch uns sofort Nachricht zu geben, damit uns der Kampf nicht unnötig erschwert und in die Länge gezogen wird. Die Aufforderung der Fabrikanten an die Arbeiter, aus den Organisationen auszutreten, hatte fast nirgends Erfolg. Nur drei Arbeiter (von zirka 4000!) holten sich die Papiere, um zu arbeiten. Hinzu kommt eine Anzahl 50 bis 80 Unorganisierte; es lohnt sich aber nirgends, den Betrieb fortzuführen. Trotz der massenhaft aufgetriebenen Gendarmerie ereigneten sich dank der vorzüglichen Disziplin der Arbeiter keine unliebsamen Zwischenfälle. Die heute morgen abgehaltenen Mitgliederversammlungen, eine impotente Heerschau der Organisationen, waren von bestem Geist befeelt. Die Hoffnung auf baldige Beilegung des Kampfes ist allgemein.

Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund (Sitz Berlin). Laut Beschluß der Konferenz der abstinenz Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, die am 13. und 14. April d. Js. in Bremen tagte, haben sich sämtliche Arbeiter-Abstinenzvereine Deutschlands zu einer Zentralorganisation zusammengeschlossen, welche obigen Namen führt. Die Arbeiter-Abstinenz hoffen durch diese Organisation eine nachhaltigere Propaganda gegen den Volksfeind Alkohol inmitten der klassenbewußten Arbeiterchaft führen zu können. — Alle den Bund betreffenden Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden W. Wiehse, Berlin NW. 87, Postdöcker Straße 14. Alle Geldsendungen wolle man an den Kassierer W. Giesm, Berlin SO. 33, Wrangelstraße 46, adressieren.

Generalversammlungen und Verbandstage.

Der Sattlerverband hielt am 13. April und folgende Tage seine fünfte Generalversammlung in Rassel ab. Es sind 39 Delegierte, zwei Vertreter vom Vorstand, ein Vertreter vom Ausschuß, je ein Vertreter der österreichischen und skandinavischen Sattlerorganisation, sowie der Vorsitzende des Tapeziererverbandes anwesend.

Im Punkt Agitation wird beschlossen, die jetzigen Agitationsbezirke aufzuheben und eine Gauorganisation, ähnlich wie im Tapeziererverband, einzurichten; die nähere Regelung bleibt dem Vorstand überlassen, der auch beauftragt wird, mit dem Tapeziererverband ein Gegenseitigkeitsverhältnis anzubahnen. Mit 25 gegen 14 Stimmen wird die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Zur Ausarbeitung eines Regulativs wird eine Kommission gewählt, die sowohl für die Arbeitslosen- wie für die Krankenversicherung Vorschläge unterbreiten soll.

Es wird folgendes angenommen: Der Beitrag wird auf 40 Pfg. erhöht, weibliche Mitglieder 25 Pfg. Die Erhöhung der Beiträge tritt am 1. Juli 1903, die Unterstützung am 1. Juli 1904 in Kraft.

Arbeitslosenunterstützung erhält, wer mindestens ein Jahr, Krankenunterstützung, wer mindestens drei Jahre Mitglied ist. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zusammen kann nur für 42 Tage im Jahre bezogen werden. Die Unterstützung beträgt 1 Mk. pro Tag und wird vom

siebenten Tage an erst bezahlt. Die Reiseunterstützung wird organisch mit der Arbeitslosenunterstützung verbunden, doch soll, um eine längere Unterstützungsdauer zu schaffen, an reisende Mitglieder 2 Pfg. Kilometergeld bis zum Höchstbetrage von 75 Pfg. pro Tag gezahlt werden.

Den Orten bleibt ein Fünftel der Beiträge. Die Arbeitsnachweise sollen so viel wie möglich ausgebaut werden.

In Bezug auf Statistik wird beschlossen, im kommenden Jahre periodische Arbeitszählungen vorzunehmen, und zwar an sieben verschiedenen Terminen. Ferner sollen allgemeine Statistiken aufgenommen werden. Zum Punkt Tarifgemeinschaft wird folgende Resolution angenommen:

„Soweit sich in unserm Berufe Gelegenheit bietet, feste Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern abzuschließen, sind solche anzustreben. Für die Art und Dauer solcher Verträge läßt sich keine allgemeine Norm festsetzen, wir betrachten es als Aufgabe der Verbandsleitung resp. der Verwaltung der einzelnen Filialen, die Vereinbarungen so zu gestalten, daß sie nicht zum Nachteil der in unserm Beruf beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausarten können.“

Der Verbandstag sieht in dem Abschluß solcher Verträge kein Aufgeben des gewerkschaftlichen Prinzips, sondern die Anerkennung eines starken Einflusses der gewerkschaftlichen Organisation, da ohne eine solche Organisation solche Vereinbarungen keinen Rückhalt haben.“

Das alte Schmerzenskind der Sattler, die Lage der Militärfahrer und das Verhalten der Behörden bei Vergütung der Arbeit, wurde in einem besonderen Referate behandelt. Hierzu wurde in einer Resolution das Verhalten der Behörden aufs schärfste getadelt, ebenso die Interesslosigkeit der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten den berechtigten Wünschen der Sattler gegenüber; dagegen wurde der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, vor allem dem Abgeordneten Zubeil, der beste Dank ausgesprochen. Es wurde betont, daß das verschiedenartige Verhalten der einzelnen Parteien den Sattlern von selbst zeigen müsse, wem sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl ihre Stimme zu geben haben.

In einer Resolution wird beschlossen, den Kampf gegen die Heimarbeiter mit allen Kräften aufzunehmen, auch dadurch, daß man versucht, die Heimarbeiter so viel wie möglich in die Organisationen hineinzubolen.

Gegen den neuen Polltarif, der die Tächnerei und Treibriemenfabrikation in besonderem Maße schädigt, einmal, weil er die Rohmaterialien verteuert, dann weil er den Export erschwert, wurde in scharfer Weise Stellung genommen.

Bei der Wahl der Verbandsleitung wird Sassenbach zum unbesoldeten Vorsitzenden wiedergewählt. Das Gehalt des Verbandssekretärs, der auch die Geschäfte des Redakteurs und Hauptkassierers zu besorgen hat, wird, nachdem ein Antrag auf 2000 Mk. abgelehnt wurde, auf 1800 Mk. mit einer Steigerung um 50 Mk. pro Jahr festgelegt. Die Hälfte der Beiträge zur Unterstützungs-Vereinigung der Gewerkschaftsbeamten wird auf die Verbandskasse übernommen. Als Verbandssekretär wird der bisherige Vorsitzende des Ausschusses, Peter Blum, gewählt.

Die beantragte Verlegung des Ausschusses von Berlin wird abgelehnt. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird Hadelbusch bestimmt.

Die Wahl der Delegierten zu den Verbandstagen der befreundeten Organisationen wird dem Vorstand und Ausschuß übertragen, dagegen soll der Delegierte zum Gewerkschaftskongress nach wie vor von den Mitgliedern gewählt werden.

Der Verband der Bergolder hielt seine fünfte Generalversammlung in München ab. Der Vorstandsvorsitzende Späthe wird fest angestellt.

Auch dieser Verband beschloß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und zwar einstimmig. Der Beitrag wird von 25 Pfg. auf 40 Pfg. pro Woche erhöht, für weibliche Mitglieder auf 30 Pfg., bisher 20 Pfg.

Bei der weiteren Beratung des Statutenentwurfs wird die Karenzzeit für alle Unterstützungen, mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung, auf sechs Monate festgesetzt. Die Reiseunterstützung soll auf 2 Pfg. pro Kilometer festgesetzt werden und im Maximum betragen: bei einer Mitgliedschaft von 26 Wochen 10 Mk., 52 Wochen 20 Mk., 104 Wochen 30 Mk., 156 Wochen 40 Mk. Im Einzelfalle soll nicht mehr als 10 bzw. 20 Mk. Unterstützung ausbezahlt werden. Die Arbeitslosenunterstützung soll auf die Dauer von sechs Wochen im Jahre im Höchstsfall betragen: nach 52 Wochen Mitgliedschaft pro Woche 7.50 Mk., nach 104 Wochen Mitgliedschaft pro Woche 9 Mk., nach 156 Wochen Mitgliedschaft pro Woche 10.50 Mk.

Ein Antrag Frankfurt a. M. und Zürich, zugleich mit der Arbeitslosenunterstützung auch Krankenunterstützung zu gewähren, wird aus finanziellen Gründen gegen eine Stimme abgelehnt.

Der zehnte Verbandstag der Glaser wurde am 11. April und folgende Tage in Leipzig abgehalten. Anwesend waren 27 Delegierte. Die vorliegenden Anträge um Anschluß an den Holzarbeiterverband wurden sämtlich abgelehnt. Beschlossen wird, die Arbeitslosenunterstützung, die bisher nur an verheiratete Mitglieder gezahlt wurde, ferner nach folgenden Grundätzen zu zahlen:

52 Wochen wöchentlich	6 Mk.	für die Dauer von 4 Wochen
104 " " "	7 " " "	" " " "
156 " " "	8 " " "	" " " "
260 " " "	9 " " "	" " " "
520 " " "	10 " " "	" " " "
für Ledige nach einer Mitgliedschaft von		
104 Wochen wöchentlich	6 Mk.	für die Dauer von 4 Wochen
156 " " "	7 " " "	" " " "
260 " " "	8 " " "	" " " "
520 " " "	9 " " "	" " " "
572 " " "	10 " " "	" " " "

Ausgesteuerte Mitglieder können nach einer Karenzzeit von 40 Wochen erneut Unterstützung beziehen.

Der Höchstfuß der Reiseunterstützung wird von 30 Mk. auf 35 Mk. erhöht.

Nach einem Referat Eichhorns stimmte der Verbandstag debattelos folgender Resolution zu:

„Der in Leipzig tagende zehnte Verbandstag des Zentralverbandes der Glaser und verwandter Berufsgenossen Deutschlands erkennt die Zweckmäßigkeit korporativer Arbeitsverträge an. Es wird der Verbandsvorstand beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten, um auch für das Glasergewerbe das Zustandekommen eines

korporativen Arbeitsvertrages zu ermöglichen. Sollten die mit den Unternehmern zu pflegenden Verhandlungen wirklich zu einem Resultat führen, so ist über die zu treffenden Abmachungen eine Urabstimmung herbeizuführen.“

Der Sitz des Verbandes bleibt in Karlsruhe, der des Ausschusses in Leipzig.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Ottensleben. Die Steinarbeiter Dinca Giovanni, geb. den 18. Mai 1867 zu Castelbarco, Soldan Federico, geb. den 18. November 1871 zu Castelbarco, und Sacchetti Marco, geb. den 29. September 1858 zu Longarone, sind von hier nach dem Odenwald abgereist, ohne ihren Verpflichtungen hiesiger Zahlstelle gegenüber nachzukommen. Die Vertrauensleute werden ersucht, Unterzeichneten die Adressen der Genannten mitteilen zu wollen. **Johann Pillin,** Vertrauensmann.

Ulm a. Donau. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adressen der Steinarbeiter Franz Maurer von Schwertberg (Oberösterreich), geb. den 27. November 1875, Oskar Birih von Leignitz, geb. den 12. Februar 1877, Georg Engel, voriges Jahr in Nürnberg beschäftigt, und Wilhelm Gebhart von Eppingen (Baden) mitteilen zu wollen. **A. Frank,** Vertrauensmann, Ulm, Sammlungsgasse 9.

Wenig-Radwitz. Die Vertrauensleute allerorts werden ersucht, Unterzeichneten die Adresse des Kollegen Kurt Matthes, aus Chemnitz gebürtig, unverzüglich zukommen zu lassen. **Ernst Leuterich,** Wenig-Radwitz b. Löwenberg i. Schl.

Adressen-Änderungen.

München. Gauvorsitzender: Hans Mittenmeyer, Ralmstraße 7a, II.

Quittung.

Eingegangene Gelber vom 4. bis mit 9. Mai 1903.
Chemnitz, Beitrag 4.55, Delegiertensteuer 0.25; Landsberg, Beitrag 8.95, Maimarken 0.75, Delegiertenst. 0.75; Wittweiba, Beitrag 84.—, Maimarken 2.50, Delegiertenst. 10.—, Op. Ital. 2.25, Inf. 0.30; Lubwigschafen, Beitrag 31.36, Eintrittsmarken 9.50; Bernau, Beitrag 4.—, Eintrittsmarken 1.—; Kusland, Beitrag 1.75, Maimarken 0.25; Mühlungen, I. Qu. 0.90; Cöthen, II. Qu. 0.40; Oldenburg, Beitrag 43.50, Eintrittsmarken 1.50; Bensheim, Rest Bongrach 5.—; Köchnig, Beitrag 168.—, Eintrittsmarken 30.—; Ströbel, II. Qu. 4.80; Frankfurt a. Ober, Beitrag 12.16; Leipzig II, Beitrag 64.—; Duisburg, Beitrag 42.—; Hoof b. Kassel, Beitrag 27.80; Wiesbaden, I. Qu. 5.—; Falkenstein, Beitrag 13.60, Delegiertensteuer 0.50, Maimarken 0.50; Nieberwehren, I. Qu. 4.20; Gorfa, Beitrag 15.68, Maimarken 0.50, Delegiertensteuer 1.75; Albenorf, Beitrag 28.—, Hauptbuch 2.50, Eintrittsmarken 5.—, Delegiertensteuer 6.25, Maimarken 11.75, Erlasmarken 1.75; Bausen, Beitrag 52.80; Stabe, Beitrag 1.60, Delegiertensteuer 0.25, Eintrittsmarken 0.50; Neustadt, I. Qu. 0.90; Friedrichshagen, Beitrag 2.80, II. Qu. 0.30; Ulm, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 2.—, Erlasmarken 0.50, Platz 0.75; Leipzig, Inf. 15.—; Weimar, Beitrag 1.50, Delegiertensteuer 0.25, Maimarken 0.25; Colmar, Beitrag 64.—, Delegiertensteuer 11.50; Maimarken 5.—, Eintrittsmarken 4.50; Remberg, Inf. 4.10; Ober-Mörlin, Beitrag 32.—; Meissen, Qu. 24.—, Inf. 1.40.
Felix Lange.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 32. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Potemkinische Dörfer. — Gassen zum Kongress von Vorbeug. Von B. Kruschewsky. — Die Genfer Arbeitskammer. Ein Beitrag zur Frage des Arbeitsnachweises. Von Jean Sigg. — Die Wurmkrankheit im Ruhrkohlenbden. Von Otto Hue.

Von den Dokumenten des Sozialismus, herausgegeben von E. d. Bernstein (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das fünfte Heft des III. Bandes erschienen.

Briefkasten.

Gütliche Berichte mühten zurückgestellt werden. Müller. Die Abrechnung bezüglich des Steinarbeiters hat vierteljährlich zu geschehen.

Offenbach. Diese Adressenänderung muß doch sofort hieher berichtet werden; wir können nicht alles wissen.

Mühlhausen i. Glb. Wir können unmöglich über die stattgefundenen Bauhandwerkerversammlung berichten.

Schwarzwald. O. sowie Heuser, S. Aus taktischen Gründen werden wir später Notiz davon nehmen.

Braunschweig. Wir wollen die Angelegenheit erst untersuchen und nicht sofort eine Polemik herbeiführen. Dem Vorstand dieser Organisation wird dieses unterbreitet und dann erst wollen wir weiter Stellung dazu nehmen.

Dresden. Leider zu spät.

Radwitz. Wegen Privatfachen können wir doch unmöglich diesen Steckbrief veröffentlichen. Es ist ja traurig, wenn mit solchen Manipulationen operiert wird, aber der Steinarbeiter ist nun einmal kein Volksgewalt.

Zichtelgebirge. Das geht nicht, wir kommen mit dem Gericht in Kollision.

Anzeigen.

Hobelbandstahl
in vorzüglichster Qualität
Harte Steinhauer-Bleistifte
echte Rehbachsche, empfiehlt
Max Muster, Eisenhandlung, Chemnitz i. S.

Todes-Anzeigen.

Am 19. April starb unser Kollege
Anton Reiss
aus Ostromer in Oesterreich
im Alter von 25 Jahren an der Berufskrankheit.

Am 21. April starb unser Kollege
Joseph Hurig
aus Ostromer in Oesterreich
im Alter von 22 Jahren an der Berufskrankheit.
Ihr Andenken halten in Ehren
Die organisierten Steinarbeiter v. Wenig-Radwitz.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Wittengessellschaft.